

Arbeitsakte

Akte: Juristischer Mandantenbrief in Einfacher und Leichter Sprache

einfache-leichte-sprache-jura-mandantenbrief

Die ZIP-URL ist stabil und zeigt immer auf die aktuelle Version. Im Akten-ZIP ist das Gesamt-PDF mit enthalten.

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (12)
Teil 2	Word-Dokumente (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01_original_juristischer_text.md

Vorschau: 01_original_juristischer_text

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

Kanzlei Muster & Partner GbR

Fachanwälte für Sozialrecht

Berliner Allee 47 · 10115 Berlin · Tel. 030 / 12 34 56-0 · s.muster@kanzlei-muster-partner.de

Mandantin	Frau Gisela Neumann, Rosenweg 12, 13055 Berlin
Aktenzeichen	KMP/SoR/2026/0438
Unser Zeichen	SM/jk
Datum	Berlin, 12. Mai 2026
Betreff	Widerspruch gegen Bescheid des Jobcenters Berlin-Lichtenberg

vom 28. April 2026, Az. JC-LB-2026-00814-KdU |

Frau Gisela Neumann

Rosenweg 12

13055 Berlin

Sehr geehrte Frau Neumann,

I. Gegenstand des Bescheids

wir bedanken uns für Ihr Vertrauen und nehmen Bezug auf das Telefonat vom 8. Mai 2026, in dem Sie uns den Ihnen am 3. Mai 2026 zugestellten Bescheid des Jobcenters Berlin-Lichtenberg (Bescheid vom 28. April 2026, Az. JC-LB-2026-00814-KdU) vorgelegt haben.

Das Jobcenter Berlin-Lichtenberg hat mit dem genannten Bescheid die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) für den Bewilligungszeitraum Juni bis November 2026 festgesetzt. Die von Ihnen mit Schreiben vom 14. April 2026 eingereichten Nachweise zu den Heizkosten wurden dabei nur in Höhe der sogenannten Angemessenheitsobergrenze berücksichtigt, obwohl nach unserer Auffassung die tatsächlichen Kosten anzusetzen sind:

- Heizkostenabrechnung der Wohnungsbaugesellschaft Nord GmbH für das Abrechnungsjahr 2025
- Vorauszahlungsmitteilung für 2026

Die Heizkostennachzahlung aus der Jahresabrechnung 2025 wurde im Bescheid nicht erwähnt.

II. Rechtliche Einschätzung

Nach § 22 Abs. 1 SGB II sind Bedarfe für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anzuerkennen, soweit diese angemessen sind. Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass bei fehlendem schlüssigem Konzept die tatsächlichen Kosten zu übernehmen sind (BSG, Urt. v. 30.01.2019, B 14 AS 11/18 R; BSG, Urt. v. 16.06.2015, B 4 AS 44/14 R).

Nach § 22 Abs. 1 S. 4 SGB II sind Heizkostennachzahlungen als einmalige Bedarfe gesondert anzuerkennen. Der Bescheid enthält hierzu keine Ausführungen.

Der Bescheid ist nach unserer Einschätzung in zwei Punkten angreifbar:

- Die laufenden Heizkostenvorauszahlungen wurden zu Unrecht auf die Angemessenheitsobergrenze gekappt.
- Die Heizkostennachzahlung 2025 wurde nicht berücksichtigt.

III. Empfehlung und weiteres Vorgehen

Wir empfehlen, fristwährend Widerspruch gegen den Bescheid einzulegen und gleichzeitig Akteneinsicht nach § 25 SGB X zu beantragen.

Die Widerspruchsfrist (§ 84 Abs. 1 SGG i. V. m. § 36 SGB II) endet am 3. Juni 2026.

Wird die Frist versäumt, erwächst der Bescheid in Bestandskraft (§ 77 SGG). Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 27 SGB X) ist nur unter strengen Voraussetzungen möglich.

IV. Ihr Handlungsbedarf

Bitte teilen Sie uns bis spätestens 20. Mai 2026 mit, ob wir bevollmächtigt sind, den Widerspruch in Ihrem Namen einzulegen.

Bitte übersenden Sie uns außerdem folgende Unterlagen:

- Vollständige Heizkostenabrechnung Wohnungsbaugesellschaft Nord GmbH 2025 (Original oder Kopie)
- Aktuelle Vorauszahlungsmitteilung für 2026
- Mietvertrag samt etwaiger Nachträge
- Alle vorangegangenen Bescheide zum selben Bewilligungszeitraum

V. Kostenhinweis

Die Vertretung im Widerspruchsverfahren nach dem SGB II ist für Sie kostenlos, wenn Ihnen Beratungshilfe bewilligt wurde. Einen Beratungshilfeschein erhalten Sie beim Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung Beratungshilfe). Wir unterstützen Sie dabei gerne.

Mit freundlichen Grüßen

Kanzlei Muster & Partner GbR

Sabine Muster

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht

Anlagen

Anlage 1: Entwurf Widerspruchsschreiben (zur Ansicht, noch nicht versandt)

Anlage 2: Antrag auf Akteneinsicht (Entwurf)

Anlage 3: Merkblatt Beratungshilfe Amtsgericht Berlin-Mitte

Datei: 02_einfache_sprache.md

Mandantenbrief in Einfacher Sprache

> **Kanzlei Muster & Partner** > Berliner Allee 47, 10115 Berlin > Telefon: 030 / 12 34 56-0 > Datum: 12. Mai 2026 > Aktenzeichen: KMP/SoR/2026/0438

Frau Gisela Neumann Rosenweg 12 13055 Berlin

Sehr geehrte Frau Neumann,

vielen Dank für Ihr Vertrauen. Wir schreiben Ihnen wegen des Bescheids vom Jobcenter Berlin-Lichtenberg. Diesen Bescheid haben Sie am 3. Mai 2026 erhalten.

Was steht in dem Bescheid?

Das Jobcenter hat entschieden, wie viel Geld Sie für Miete und Heizung bekommen. Diese Geldleistung heißt "Kosten der Unterkunft und Heizung".

Das Jobcenter hat dabei Ihre Heizkosten nicht vollständig berücksichtigt. Sie haben dem Jobcenter im April 2026 Unterlagen zu Ihren Heizkosten geschickt. Darunter war:

- die Heizkostenabrechnung für das Jahr 2025,
- die Vorauszahlungsmitteilung für das Jahr 2026.

Das Jobcenter hat trotzdem nur einen Teil der Heizkosten anerkannt. Der Rest wurde ohne ausreichende Begründung gekürzt. Außerdem hat das Jobcenter Ihre Heizkostennachzahlung aus 2025 im Bescheid gar nicht erwähnt. Das halten wir für einen Fehler.

Was sagt das Gesetz?

Nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II, § 22) müssen die tatsächlichen Wohnkosten übernommen werden — soweit sie angemessen sind. Das Bundessozialgericht hat außerdem entschieden: Wenn das Jobcenter keine klare Berechnung vorlegen kann, muss es die tatsächlichen Kosten zahlen. Eine einmalige Nachzahlung bei den Heizkosten muss nach dem Gesetz zusätzlich übernommen werden.

Wir sind der Meinung: Das Jobcenter hat hier zwei Fehler gemacht.

1. Es hat die laufenden Heizkostenvorauszahlungen zu stark gekürzt.
2. Es hat die Nachzahlung aus der Jahresabrechnung 2025 nicht berücksichtigt.

Was empfehlen wir Ihnen?

Wir empfehlen: Legen Sie Widerspruch ein.

Was bedeutet Widerspruch? Sie sagen dem Jobcenter schriftlich: "Ich bin mit Ihrer Entscheidung nicht einverstanden. Bitte prüfen Sie den Bescheid noch einmal." Das Jobcenter muss dann seinen Bescheid erneut prüfen.

Wir können den Widerspruch für Sie schreiben und einreichen. Wir können außerdem Akteneinsicht beantragen. Das bedeutet: Wir fordern das Jobcenter auf, uns alle Unterlagen zu zeigen, die es bei seiner Entscheidung benutzt hat.

Welche Frist gilt?

Die Widerspruchsfrist beträgt **einen Monat**. Sie beginnt ab dem Tag, an dem Sie den Bescheid erhalten haben (3. Mai 2026). Die Frist endet damit am **3. Juni 2026**.

Wenn die Frist verstreicht, ohne dass Widerspruch eingelegt wurde, wird der Bescheid bestandskräftig. Das bedeutet: Die Entscheidung des Jobcenters gilt dann als endgültig. Es gibt nur sehr wenige

Ausnahmen, um eine versäumte Frist nachträglich zu retten — und die Bedingungen dafür sind streng.

Was müssen Sie jetzt tun?

Bitte melden Sie sich bis spätestens 20. Mai 2026 bei uns.

Teilen Sie uns mit, ob wir den Widerspruch für Sie einlegen sollen.

Bitte schicken Sie uns außerdem folgende Unterlagen, falls Sie diese noch nicht eingereicht haben:

- die vollständige Heizkostenabrechnung 2025 (Original oder Kopie),
- die aktuelle Vorauszahlungsmitteilung für 2026,
- Ihren Mietvertrag,
- frühere Bescheide des Jobcenters zum selben Zeitraum.

Was kostet das?

Das Widerspruchsverfahren ist für Sie **kostenlos**, wenn Sie Beratungshilfe haben. Falls noch kein Beratungshilfeschein vorliegt, helfen wir Ihnen, diesen beim Amtsgericht Berlin-Mitte zu beantragen.

Mit freundlichen Grüßen

Kanzlei Muster & Partner GbR Sabine Muster, Rechtsanwältin

Schwere Wörter in diesem Brief — einfach erklärt

Wort	Bedeutung
Bescheid	Ein offizieller Brief einer Behörde, der eine Entscheidung enthält.
Jobcenter	Das Amt, das Bürgergeld und Wohnkosten zahlt.
Widerspruch	Sie sagen schriftlich: Ich bin nicht einverstanden. Bitte prüfen Sie noch einmal.
Widerspruchsfrist	Die Zeit, die Sie haben, um Widerspruch einzulegen. Hier: ein Monat.
Bestandskraft	Der Bescheid ist endgültig und kann fast nicht mehr geändert werden.
Akteneinsicht	Ihr Anwalt darf die Unterlagen des Jobcenters einsehen.
Beratungshilfe	Staatliche Unterstützung, damit Anwaltskosten nicht selbst gezahlt werden müssen.
Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU)	Das Geld, das das Jobcenter für Miete und Heizung zahlt.
SGB II	Sozialgesetzbuch, zweites Buch — das Gesetz, das das Bürgergeld regelt.
Angemessenheit	Das Jobcenter zahlt nur bis zu einer bestimmten Grenze. Was darüber liegt, gilt als "unangemessen".

> **Hinweis:** Dieser Brief wurde nach den Grundsätzen der **Einfachen Sprache** (DIN SPEC 33429) vereinfacht. Zielgruppe: Mandantinnen und Mandanten mit eingeschränkter Lesekompetenz oder wenig juristischem Vorwissen. Die Fassung ersetzt nicht das juristische Originalschreiben.

Vorschau: 03_leichte_sprache

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

Brief in Leichter Sprache

Von: Kanzlei Muster & Partner, Berlin

Datum: 12. Mai 2026

Für: Frau Gisela Neumann

Worum geht es?

Sie haben einen Brief

vom Jobcenter bekommen.

Dieser Brief heißt Bescheid.

Der Bescheid ist

vom 28. April 2026.

Sie haben den Brief

am 3. Mai 2026 bekommen.

Was steht im Brief?

Das Jobcenter hat entschieden:

Sie bekommen Geld für Ihre Wohnung.

Sie bekommen Geld für Ihre Heizung.

Aber das Jobcenter hat

nicht genug Geld gegeben.

Warum ist das ein Problem?

Sie haben dem Jobcenter

Unterlagen gegeben.

Die Unterlagen zeigen,

wie viel Ihre Heizung kostet.

Das Jobcenter hat die Unterlagen

nicht richtig geprüft.

Das Jobcenter hat

zu wenig Geld gezahlt.

Außerdem:

Sie hatten eine Nachzahlung

für die Heizung.

Das Jobcenter hat diese Nachzahlung
nicht bezahlt.

Das ist falsch.

Was können Sie tun?

Sie können Widerspruch machen.

Widerspruch bedeutet:

Sie sagen dem Jobcenter:

Ich bin nicht einverstanden.

Bitte prüfen Sie noch einmal.

Was machen wir für Sie?

Wir schreiben den Widerspruch für Sie.

Wir schicken den Widerspruch
an das Jobcenter.

Wir fragen auch:

Zeigen Sie uns alle Unterlagen.

Wichtige Frist

Sie müssen bis zum

3. Juni 2026

Widerspruch machen.

Eine Frist ist eine Zeit.

Bis dahin muss etwas passieren.

Wenn die Frist vorbei ist:

Der Bescheid wird endgültig.

Dann ist es schwer,
noch etwas zu ändern.

Was müssen Sie jetzt tun?

Bitte melden Sie sich bei uns.

Bitte melden Sie sich bis zum
20. Mai 2026.

Sagen Sie uns:

Sollen wir den Widerspruch
für Sie machen?

Sie können uns anrufen:

030 / 12 34 56-0

Kostet das etwas?

Nein.

Der Widerspruch kostet Sie nichts.

Wenn Sie Beratungshilfe haben.

Beratungshilfe bedeutet:

Der Staat zahlt den Anwalt für Sie.

Wenn Sie keine Beratungshilfe haben:

Wir helfen Ihnen dabei.

Schwere Wörter

Bescheid:

Ein offizieller Brief von einer Behörde.

In dem Brief steht eine Entscheidung.

Widerspruch:

Sie sagen: Ich bin nicht einverstanden.

Bitte prüfen Sie noch einmal.

Frist:

Eine bestimmte Zeit.

Bis dahin müssen Sie etwas tun.

Beratungshilfe:

Der Staat zahlt die Anwaltskosten.

Hinweis zur Leichten Sprache

Dieser Text wurde nach den Regeln des Netzwerks Leichte Sprache geschrieben. Er wurde noch nicht von Menschen aus der Zielgruppe geprüft. Diese Prüfung ist bei echten Texten in Leichter Sprache Pflicht.

Datei: 04_glossar.md

Glossar: Schwere Wörter aus dem Mandantenbrief

Dieses Glossar erklärt alle Fachbegriffe aus dem juristischen Originalschreiben. Es richtet sich an Mandantinnen und Mandanten sowie an Lernende im Bereich Recht und Sprache. Die Erklärungen sind bewusst kurz und alltagsnah formuliert.

Das Glossar wird durch eine **Sprachstufen-Spalte** ergänzt: Welche Wörter werden in Einfacher Sprache (DIN SPEC 33429) verwendet, welche in Leichter Sprache (Netzwerk Leichte Sprache) ersetzt? Damit kann das Glossar auch als Übersicht für die Übersetzungsarbeit dienen.

Rechtsbegriffe aus dem Sozialrecht

Schweres Wort	Einfache Erklärung	Verwendung Einfache Sprache	Verwendung Leichte Sprache
Bescheid	Ein offizieller Brief einer Behörde. In dem Brief steht eine Entscheidung. Zum Beispiel: wie viel Geld Sie bekommen.	Bescheid (mit Erklärung)	Brief / Brief von der Behörde
Widerspruch	Sie sagen der Behörde schriftlich: Ich bin nicht einverstanden. Bitte prüfen Sie Ihre Entscheidung noch einmal.	Widerspruch (mit Erklärung)	Widerspruch (mit Erklärung)
Widerspruchsfrist	Die Zeit, die Sie haben, um Widerspruch einzulegen. Hier beträgt sie einen Monat ab Zustellung des Bescheids.	Widerspruchsfrist	Frist
Frist	Eine gesetzlich festgelegte Zeit, innerhalb derer etwas getan werden muss. Läuft die Frist ab, kann man meistens nichts mehr tun.	Frist	Frist (mit Erklärung "bestimmte Zeit")
Akteneinsicht	Das Recht, die Unterlagen einer Behörde einzusehen. Ihr Anwalt oder Ihre Anwältin kann die Akte des Jobcenters anfordern und prüfen.	Akteneinsicht	"Wir schauen uns die Unterlagen an"
bestandskräftig	Ein Bescheid ist bestandskräftig, wenn die Widerspruchsfrist abgelaufen ist und kein Widerspruch eingelegt wurde. Der Bescheid gilt dann als endgültig und kann kaum noch angefochten werden.	"wird bestandskräftig" mit Erklärung	"Der Bescheid wird endgültig"

Schweres Wort	Einfache Erklärung	Verwendung Einfache Sprache	Verwendung Leichte Sprache
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	Ausnahmsweise kann eine versäumte Frist nachträglich "gerettet" werden. Das ist nur möglich, wenn man ohne eigenes Verschulden an der Fristwahrung gehindert war -- zum Beispiel durch schwere Krankheit. Die Anforderungen sind streng.	"Wiedereinsetzung" mit Erklärung	nicht verwendet, ersetzt durch "in Ausnahmen geht das"
Beratungshilfe	Staatliche Unterstützung für Menschen mit wenig Geld. Der Staat übernimmt die Anwaltskosten. Beantragt wird sie beim Amtsgericht.	Beratungshilfe (mit Erklärung)	Beratungshilfe (mit Erklärung)
Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU)	Das Geld, das das Jobcenter für Miete, Nebenkosten und Heizung zahlt. Geregelt in § 22 SGB II.	"Kosten der Unterkunft und Heizung" einmal mit Erklärung	"Geld für Wohnung und Heizung"
Angemessenheit	Das Jobcenter übernimmt Wohnkosten nur bis zu einer bestimmten Höhe. Was darüber liegt, gilt als "unangemessen" und wird nicht gezahlt. Was angemessen ist, hängt vom Wohnort und der Wohnungsgröße ab.	"Angemessenheit" mit Erklärung	nicht direkt verwendet; ersetzt durch "bis zu einer bestimmten Höhe"
Leistungsberechtigte Person	Person, die Anspruch auf Bürgergeld hat.	nicht verwendet	nicht verwendet
Bedarfsgemeinschaft	Personen, die zusammen in einem Haushalt leben und Bürgergeld beantragen. Sie werden gemeinsam betrachtet.	"Personen im Haushalt"	"Menschen, die zusammen wohnen"

Schweres Wort	Einfache Erklärung	Verwendung Einfache Sprache	Verwendung Leichte Sprache
Mehrbedarf	Zusätzliches Geld für besondere Bedarfe, z. B. werdende Mutter, Alleinerziehende, kostenaufwändige Ernährung.	Mehrbedarf (mit Erklärung)	"zusätzliches Geld"
Sanktion / Leistungsminderung	Die Reduktion des Bürgergelds, wenn der oder die Leistungsberechtigte Mitwirkungspflichten verletzt.	Sanktion (mit Erklärung)	nicht direkt verwendet; ersetzt durch "weniger Geld"

Gesetzliche Grundlagen

Abkürzung	Bedeutung
SGB II	Sozialgesetzbuch, zweites Buch. Das Gesetz, das das Bürgergeld (früher: Hartz IV) regelt.
SGB X	Sozialgesetzbuch, zehntes Buch. Regelt das Verwaltungsverfahren in der Sozialverwaltung, z. B. Akteneinsicht (§ 25 SGB X).
SGG	Sozialgerichtsgesetz. Regelt das Verfahren vor den Sozialgerichten, z. B. die Widerspruchsfrist (§ 84) und die Bestandskraft (§ 77).
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz. Verpflichtet Bundesbehörden zur Bereitstellung von Informationen in Leichter Sprache (§ 11 BGG).
BITV 2.0	Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung. Regelt technische Anforderungen an barrierefreie Webseiten und elektronische Dokumente von Bundesbehörden.
DIN SPEC 33429	Erster nationaler Standard für Einfache Sprache (2024).
§ 22 SGB II	Vorschrift über die Übernahme von Wohnkosten (Miete und Heizung) durch das Jobcenter.
§ 22 Abs. 1 SGB II	Tatsächliche Aufwendungen, soweit angemessen.
§ 22 Abs. 1 Satz 4 SGB II	Heizkostennachzahlungen als einmalige Bedarfe.
§ 25 SGB X	Recht auf Akteneinsicht im Sozialverwaltungsverfahren.
§ 27 SGB X	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei unverschuldetem Fristversäumnis.
§ 36 SGB II	Örtliche Zuständigkeit des Jobcenters.
§ 77 SGG	Regelung über die Bestandskraft eines nicht angefochtenen Verwaltungsakts.
§ 84 SGG	Vorschrift zur Widerspruchsfrist (ein Monat ab Zustellung).

Abkürzung	Bedeutung
§ 1814 BGB	Vorschrift über die Bestellung einer rechtlichen Betreuung.
BSG	Bundessozialgericht. Das höchste Gericht für das Sozialrecht in Deutschland. Sitzt in Kassel.

Verfahrensbegriffe

Begriff	Erklärung
Zustellung	Die offizielle Übermittlung eines Bescheids an die betroffene Person. Ab diesem Tag beginnt die Frist zu laufen.
Bewilligungszeitraum	Der Zeitraum, für den das Jobcenter Leistungen bewilligt hat. Hier: Juni bis November 2026.
Schlüssiges Konzept	Das Konzept, mit dem das Jobcenter berechnet, wie hoch die "angemessenen" Wohnkosten in einem bestimmten Ort sind. Das BSG stellt strenge Anforderungen an dieses Konzept.
Heizkostennachzahlung	Wenn die Vorauszahlungen für Heizung zu niedrig waren, muss am Ende des Jahres nachgezahlt werden. Das Jobcenter muss diese Nachzahlung gesondert übernehmen.
Vorauszahlungsmittelung	Schreiben des Vermieters oder der Wohnungsbaugesellschaft, das angibt, wie hoch die monatlichen Heizkostenvorauszahlungen im kommenden Jahr sein sollen.
Rubrum	Die Kopfzeile eines Schriftsatzes oder Urteils, in der Parteien, Aktenzeichen und Gericht benannt sind.
Vollmacht	Schriftliche Erklärung der Mandantin, dass die Anwältin in ihrem Namen handeln darf.
rechtliche Betreuung	Eine vom Amtsgericht eingerichtete Hilfe für Menschen, die ihre Angelegenheiten nicht mehr allein regeln können. Die Betreuerin oder der Betreuer handelt im Namen der betreuten Person.
Anhörung	Die Behörde muss die betroffene Person befragen, bevor sie eine belastende Entscheidung trifft.

Wer ist wer in dieser Akte?

Person / Stelle	Rolle
Frau Gisela Neumann	Mandantin (betreute Person, 54 Jahre, Bürgergeld nach SGB II). Hat einen Bescheid des Jobcenters erhalten und sucht anwaltliche Hilfe.
Frau Renate Schmuck	Betreuerin von Frau Neumann (rechtliche Betreuung nach § 1814 BGB), bestellt vom Amtsgericht Berlin-Mitte.
Sabine Muster	Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht. Verfasserin des Mandantenbriefs.
Kanzlei Muster & Partner GbR	Sozialrechtskanzlei in Berlin, Berliner Allee 47, 10115 Berlin.

Person / Stelle	Rolle
Jobcenter Berlin-Lichtenberg	Die Behörde, die den Bescheid erlassen hat.
Frau Helmchen	Sachbearbeiterin im Jobcenter Berlin-Lichtenberg, Team Kosten der Unterkunft.
Wohnungsbaugesellschaft Nord GmbH	Vermieterin von Frau Neumann. Hat die Heizkostenabrechnung erstellt.
Amtsgericht Berlin-Mitte	Zuständig für Beratungshilfeanträge im Bezirk (real).
Bundessozialgericht (BSG)	Hat in mehreren Urteilen geklärt, wann Heizkostennachzahlungen übernommen werden müssen.
Netzwerk Leichte Sprache	Verein, der die Regeln für Leichte Sprache erarbeitet hat.
Deutsches Institut für Normung (DIN)	Hat 2024 die DIN SPEC 33429 für Einfache Sprache veröffentlicht.

Hinweise zur Verwendung des Glossars

- 1. Beim Schreiben in Einfacher Sprache:** Fachbegriffe einmal nennen, dann erklären, dann konsistent weiter nutzen. Beispiel: "Sie können Widerspruch einlegen. Widerspruch heißt: Sie schreiben der Behörde, dass Sie nicht einverstanden sind."
- 2. Beim Schreiben in Leichter Sprache:** Fachbegriffe nach Möglichkeit komplett ersetzen. Wenn das nicht geht, muss eine einfache Erklärung in einem eigenen Satz folgen. Beispiel: "Der Brief wird endgültig. Das heißt: Sie können dann nichts mehr ändern."
- 3. Im Glossar zur Akte:** Das Glossar liegt der Mandantin als eigenes Dokument bei, damit sie auch nach dem Brief Begriffe nachschlagen kann.
- 4. Im Beratungsgespräch:** Anwältin sollte das Glossar als gemeinsame Sprachbasis nutzen. Wenn die Mandantin oder Betreuerin einen Begriff im Glossar nicht versteht, ist das Glossar nachzubessern.

Datei: 07_vergleichsdokument_brief1.md

Vergleichsdokument 1: Mandantenbrief 1 (Heizkosten) -- schwer → einfach → leicht

Brief 1 ist der bereits vorliegende Mandantenbrief (01_original_juristischer_text.md) der Kanzlei Muster & Partner an Frau Neumann zu den Heizkosten. Dieses Vergleichsdokument legt drei Versionen direkter Sätze nebeneinander.

Vergleichsgegenstand: Mandantenbrief zur Heizkostenkürzung Jobcenter

Merkmal	Wert
Aktenzeichen Kanzlei	KMP/SoR/2026/0438

Merkmal	Wert
Datum	12.05.2026
Streitwert	ca. 1.800 EUR (Differenz Heizkosten 6 Monate)
Wortzahl Originaltext	478 Wörter
Wortzahl Einfache Sprache	426 Wörter
Wortzahl Leichte Sprache	234 Wörter

Satz-für-Satz-Vergleich (Auszug)

Beispiel 1 -- Eröffnungssatz

Schwer (Original): > Wir bedanken uns für Ihr Vertrauen und nehmen Bezug auf das Telefonat vom 8. Mai 2026, in dem Sie uns den Ihnen am 3. Mai 2026 zugestellten Bescheid des Jobcenters Berlin-Lichtenberg (Bescheid vom 28. April 2026, Az. JC-LB-2026-00814-KdU) vorgelegt haben.

> Wortzahl: 41. Schachtelsatz mit Nebensatz und Klammern. Aktenzeichen mitten im Satz.

Einfache Sprache: > Vielen Dank für Ihr Vertrauen. Wir schreiben Ihnen wegen des Bescheids vom Jobcenter Berlin-Lichtenberg. Diesen Bescheid haben Sie am 3. Mai 2026 erhalten.

> Wortzahl: 24, in drei Hauptsätzen. Aktenzeichen weggelassen, weil im Briefkopf bereits genannt.

Leichte Sprache: > Sie haben einen Brief vom Jobcenter bekommen. > > Dieser Brief heißt Bescheid. > > Der Bescheid ist vom 28. April 2026. > > Sie haben den Brief am 3. Mai 2026 bekommen.

> Vier kurze Sätze. Begriff "Bescheid" wird in zweiter Zeile eingeführt und erklärt. Aktenzeichen ganz weggelassen.

Beispiel 2 -- Erklärung Rechtslage

Schwer (Original): > Nach § 22 Abs. 1 SGB II sind Bedarfe für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anzuerkennen, soweit diese angemessen sind. Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass bei fehlendem schlüssigem Konzept die tatsächlichen Kosten zu übernehmen sind (BSG, Urt. v. 30.01.2019, B 14 AS 11/18 R; BSG, Urt. v. 16.06.2015, B 4 AS 44/14 R).

> Wortzahl: 49. Zwei Normverweise, zwei BSG-Urteile mit Aktenzeichen, Fachbegriff "schlüssiges Konzept".

Einfache Sprache: > Nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II, § 22) müssen die tatsächlichen Wohnkosten übernommen werden -- soweit sie angemessen sind. Das Bundessozialgericht hat außerdem entschieden: Wenn das Jobcenter keine klare Berechnung vorlegen kann, muss es die tatsächlichen Kosten zahlen. Eine einmalige Nachzahlung bei den Heizkosten muss nach dem Gesetz zusätzlich übernommen werden.

> Wortzahl: 49 in drei Sätzen. Normverweis als § 22 SGB II eingebaut, ohne Absatz. Begriff "schlüssiges Konzept" ersetzt durch "klare Berechnung". BSG-Aktenzeichen weggelassen.

Leichte Sprache: > Das Jobcenter hat die Unterlagen nicht richtig geprüft. > > Das Jobcenter hat zu wenig Geld gezahlt. > > Außerdem: Sie hatten eine Nachzahlung für die Heizung. Das Jobcenter hat diese Nachzahlung nicht bezahlt. > > Das ist falsch.

> Sechs kurze Sätze. Komplette Norm- und Urteilsverweise weggelassen. Aussage statt Begründung. Diese Verkürzung birgt das Risiko, dass die juristische Substanz nicht mehr nachvollziehbar ist; dafür ist

die Verständlichkeit für die Zielgruppe wesentlich höher.

Beispiel 3 -- Rechtsfolge Bestandskraft

Schwer (Original): > Wird die Frist versäumt, erwächst der Bescheid in Bestandskraft (§ 77 SGG). Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 27 SGB X) ist nur unter strengen Voraussetzungen möglich.

> Wortzahl: 25. Fachbegriffe "erwächst", "Bestandskraft", "Wiedereinsetzung", zwei Normverweise.

Einfache Sprache: > Wenn die Frist verstreicht, ohne dass Widerspruch eingelegt wurde, wird der Bescheid bestandskräftig. Das bedeutet: Die Entscheidung des Jobcenters gilt dann als endgültig. Es gibt nur sehr wenige Ausnahmen, um eine versäumte Frist nachträglich zu retten -- und die Bedingungen dafür sind streng.

> Wortzahl: 44 in drei Sätzen. Begriff "Bestandskraft" beibehalten, aber im Folgesatz erklärt. "Wiedereinsetzung" ersetzt durch "Frist nachträglich retten".

Leichte Sprache: > Wenn die Frist vorbei ist: > > Der Bescheid wird endgültig. > > Dann ist es schwer, noch etwas zu ändern.

> Drei kurze Sätze. Beide Fachbegriffe weggelassen, durch alltagssprachliche Beschreibung ersetzt.

Wesentliche Vereinfachungsentscheidungen

Entscheidung	Begründung	Risiko
Aktenzeichen JC-LB-20 26-00814-KdU weggelassen in Einfacher/Leichter Sprache	für Mandantin nicht hilfreich, da sie keine eigenen Recherchen anstellt	Information geht verloren -- aber im Briefkopf vorhanden
BSG-Urteile mit Aktenzeichen ausgelassen	nicht handlungsrelevant für Mandantin	juristische Begründung weniger nachvollziehbar
Begriff "schlüssiges Konzept" ersetzt durch "klare Berechnung"	etablierter Fachbegriff der Sozialgerichtsbarkeit -- Mandantin kennt ihn nicht	Anwältin muss bei Folgegespräch ggf. erklären
§ 27 SGB X (Wiedereinsetzung) komplett weggelassen in Leichter Sprache	für Zielgruppe abstrakt, im Einzelfall durch Anwältin erklärbar	Information geht verloren, aber bewusst
Kostenhinweis vereinfacht	Beratungshilfe-Verfahren ist komplex	Mandantin muss ggf. selbst zum Amtsgericht; in Brief 4 wird das ausführlicher erklärt
Telefonnummer der Kanzlei in Leichter Sprache eingefügt	Mandantin telefoniert lieber als zu schreiben	--

Empfehlungen für die Zielgruppenprüfung

Vor Versand der Leichte-Sprache-Fassung wird **Prüfung durch Menschen aus der Zielgruppe** empfohlen (Regelwerk Netzwerk Leichte Sprache). Diese Prüfung ist in der vorliegenden Akte **nicht erfolgt**.

Konkrete Prüf-Anweisung an die Zielgruppe könnte lauten:

1. Lies den Brief.
2. Was möchtest Du jetzt tun?
3. Bis wann musst Du Dich melden?
4. Was passiert, wenn Du nichts machst?
5. Kostet das etwas?

Wer alle fünf Fragen aus dem Text richtig beantworten kann, hat den Brief verstanden. Wenn auch nur eine Frage offen bleibt, muss der Brief überarbeitet werden.

Honorar und Aufwand

Position	Aufwand	Hinweis
Original-Mandantenbrief erstellen	ca. 60 Minuten	übliche RVG-Vergütung
Übersetzung Einfache Sprache	ca. 45 Minuten	Mehraufwand, in dieser Kanzlei intern als "Service" für betreute Mandant:innen
Übersetzung Leichte Sprache	ca. 90 Minuten	erheblicher Mehraufwand; Honorarvereinbarung empfohlen, sofern kein BGG-/BITV-Pflichtfall
Zielgruppenprüfung Leichte Sprache	ca. 45 Minuten Begleitung durch Anwältin + 60 Minuten Prüfer:innen-Einsatz	nicht im Beratungshilfehonorar enthalten

Datei: 08_mandantenbrief2_mietkuendigung_schwer.md

Mandantenbrief 2 -- Mietkündigung (schwere Originalfassung)

Kanzlei Muster & Partner GbR

Fachanwälte für Sozialrecht und Mietrecht Berliner Allee 47, 10115 Berlin Telefon 030 / 12 34 56-0, Telefax 030 / 12 34 56-99 s.muster@kanzlei-muster-partner.de

Mandantin	Frau Gisela Neumann, Rosenweg 12, 13055 Berlin
Aktenzeichen	KMP/MietR/2026/0512
Unser Zeichen	SM/jk
Datum	Berlin, 03.06.2026
Betreff	Kündigungserklärung der Wohnungsbaugesellschaft Nord GmbH vom 28.05.2026 betreffend Wohnung Rosenweg 12, 13055 Berlin -- Eingangsdatum 30.05.2026

Frau Gisela Neumann Rosenweg 12 13055 Berlin

Sehr geehrte Frau Neumann,

I. Sachverhalt und Anlass

wir nehmen Bezug auf das persönliche Gespräch in unserer Kanzlei vom 02.06.2026 und auf die Ihnen am 30.05.2026 zugegangene Kündigungserklärung der Wohnungsbaugesellschaft Nord GmbH, mit der die Vermieterin das Wohnraummietverhältnis über die von Ihnen seit dem 01.07.2009 bewohnte Wohnung Rosenweg 12, 13055 Berlin (52 m², 2 Zimmer, 1. OG, gem. § 535 BGB) gemäß § 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB ordentlich zum 28.02.2027 gekündigt hat. Die Kündigung wurde unter Geltendmachung von Zahlungsrückständen i. H. v. 1.842,17 EUR (Stand 28.05.2026) auf eine erhebliche schuldhaft Verletzung Ihrer Pflichten aus dem Mietvertrag (§ 543 Abs. 2 Nr. 3 BGB analog für die ordentliche Kündigung) gestützt.

II. Rechtliche Würdigung

Nach unserer ersten Prüfung erscheint die Kündigung in mehrerlei Hinsicht angreifbar:

1. **Heilungswirkung nach § 569 Abs. 3 Nr. 2 BGB:** Sollten die rückständigen Beträge -- ggf. unter Einbeziehung etwaiger Übernahmen durch das Jobcenter Berlin-Lichtenberg im Rahmen der Mietkostenübernahme -- innerhalb der gesetzlichen Schonfrist beglichen werden, könnte die fristlose Kündigung geheilt werden; die in der Vermieterinnenerklärung zugleich erklärte ordentliche Kündigung kann hiervon allerdings unberührt bleiben (BGH, st. Rspr.).
2. **Form- und Inhaltsanforderungen, § 568 Abs. 1 BGB:** Die Kündigung ist nur wirksam, wenn sie schriftlich erfolgt und die Kündigungsgründe konkret bezeichnet. Eine pauschale Bezugnahme auf "fortgesetzte Zahlungsverzüge" reicht nicht. Wir werden die Kündigung dahingehend prüfen.
3. **Härtefall, § 574 BGB:** Im Rahmen Ihrer persönlichen Situation -- insbesondere Bezug von Bürgergeld nach SGB II, langer Vermietungszeit von über 17 Jahren, bestehender rechtlicher Betreuung (§ 1814 BGB), gesundheitlicher Beeinträchtigungen -- kommt eine Sozialklausel nach § 574 BGB grundsätzlich in Betracht. Voraussetzung ist, dass die Beendigung des Mietverhältnisses für Sie eine unzumutbare Härte darstellt, die auch unter Würdigung der berechtigten Interessen der Vermieterin nicht zu rechtfertigen ist.

III. Empfehlung

Wir empfehlen folgende Schritte:

- a) **Sofortige Klärung mit dem Jobcenter** über die Übernahme der Mietrückstände nach § 22 Abs. 8 SGB II (Mietschuldenübernahme zur Sicherung der Unterkunft). Hierzu legen wir den Antrag bereit.
- b) **Widerspruch gegen die Kündigungserklärung** -- unter Geltendmachung formaler Mängel und unter vorsorglicher Berufung auf § 574 BGB -- bis spätestens zwei Monate vor dem Beendigungstermin, also bis 28.12.2026 (§ 574b Abs. 2 BGB).
- c) **Akteneinsicht** in die Mieterakte der Vermieterin nach § 540a BGB analog -- soweit verfügbar -- bzw. Aufforderung an die Vermieterin zur Vorlage einer detaillierten Forderungsaufstellung.

IV. Ihr Handlungsbedarf

Bitte teilen Sie uns bis spätestens 10.06.2026 mit, ob wir bevollmächtigt sind, in Ihrem Namen tätig zu werden. Bitte übersenden Sie uns ferner:

- vollständigen Mietvertrag (Original/Kopie) samt Nachträgen und Hausordnung,
- die letzten zwölf Mietzahlungsnachweise,
- sämtliche Bescheide des Jobcenters für den streitgegenständlichen Zeitraum,
- die Kündigungserklärung in der Form, in der sie Ihnen zugegangen ist (Original-Briefumschlag möglichst beilegen).

V. Kostenhinweis

Die Vertretung in Mietrechtsangelegenheiten ist nicht durch die Beratungshilfe abgedeckt, soweit es um Wahrnehmung von Rechten und Pflichten gegenüber Privaten (Vermieter) geht. Für die Wahrnehmung Ihrer Interessen gegenüber dem Jobcenter (§ 22 Abs. 8 SGB II) gilt jedoch Beratungshilfe weiterhin. Wir empfehlen, vorsorglich auch einen Antrag auf **Prozesskostenhilfe** für eine etwaige Räumungsklage zu stellen, sobald solche absehbar wird.

Mit freundlichen Grüßen

Kanzlei Muster & Partner GbR

Sabine Muster, Rechtsanwältin Fachanwältin für Sozialrecht

Anlagen

Anlage 1: Vollmachtformular Anlage 2: Antrag auf Übernahme von Mietschulden nach § 22 Abs. 8 SGB II (Entwurf) Anlage 3: Entwurf Widerspruchsschreiben gegen die Kündigung (zur Ansicht) Anlage 4: Merkblatt Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe

Hinweis intern (NICHT in Versandfassung): Brief 2 ist deutlich anspruchsvoller als Brief 1, weil mehrere Rechtsgebiete (Mietrecht, Sozialrecht) und mehrere Adressaten (Vermieterin, Jobcenter) gleichzeitig zu adressieren sind. Die Übersetzung in Einfache und Leichte Sprache erfordert besondere Sorgfalt -- siehe 09_mandantenbrief2_einfache.md und 10_mandantenbrief2_leichte.md.

Datei: 09_mandantenbrief2_einfache.md

Mandantenbrief 2 in Einfacher Sprache (DIN SPEC 33429)

> **Kanzlei Muster & Partner** > Berliner Allee 47, 10115 Berlin > Telefon: 030 / 12 34 56-0 > Datum: 03. Juni 2026 > Aktenzeichen: KMP/MietR/2026/0512

Frau Gisela Neumann Rosenweg 12 13055 Berlin

Sehr geehrte Frau Neumann,

vielen Dank für Ihren Besuch in unserer Kanzlei am 2. Juni 2026. Wir schreiben Ihnen wegen der Kündigung Ihrer Wohnung.

Was ist passiert?

Die Wohnungsbaugesellschaft Nord GmbH hat Ihnen am 30. Mai 2026 einen Brief geschickt. In diesem Brief steht: Die Vermieterin kündigt Ihren Mietvertrag.

Die Wohnung ist Rosenweg 12, 13055 Berlin. Sie wohnen dort seit Juli 2009. Die Wohnung hat 52 Quadratmeter und 2 Zimmer.

Die Vermieterin sagt: Sie haben Mietschulden in Höhe von **1.842,17 Euro** (Stand 28. Mai 2026). Deshalb kündigt sie den Mietvertrag.

Die Kündigung gilt zum **28. Februar 2027**. Das heißt: Bis dahin sollen Sie ausziehen.

Was sagt das Gesetz?

Die Vermieterin darf nicht einfach kündigen. Sie muss bestimmte Regeln einhalten. Wir prüfen die Kündigung jetzt für Sie.

Wichtig ist: Auch wenn Sie Mietschulden haben, gibt es mehrere Möglichkeiten, die Kündigung zu verhindern.

Möglichkeit 1: Schulden zahlen

Wenn die Mietschulden bezahlt werden -- zum Beispiel vom Jobcenter --, kann die Kündigung in vielen Fällen "geheilt" werden. Das bedeutet: Die Kündigung gilt dann nicht mehr.

Aber Achtung: Es gibt zwei Arten von Kündigung. Die fristlose Kündigung kann durch Zahlung geheilt werden. Die ordentliche Kündigung gilt unter Umständen weiter, auch wenn die Schulden bezahlt sind. Das prüfen wir genau.

Möglichkeit 2: Härtefall

Sie wohnen seit über 17 Jahren in der Wohnung. Sie haben Bürgergeld. Sie haben eine rechtliche Betreuerin. Das alles spricht dafür, dass ein Umzug für Sie eine besondere Härte wäre. Das Gesetz schützt Mieterinnen und Mieter in solchen Fällen mit einer "Sozialklausel" (§ 574 BGB).

Möglichkeit 3: Formfehler

Eine Kündigung muss schriftlich sein und die Gründe genau nennen. Eine pauschale Kündigung ist unwirksam. Wir prüfen, ob die Kündigung diese Anforderungen erfüllt.

Was empfehlen wir Ihnen?

Wir empfehlen drei Schritte:

1. **Antrag beim Jobcenter:** Das Jobcenter kann die Mietschulden übernehmen, wenn das hilft, Ihre Wohnung zu sichern. Wir bereiten den Antrag vor (§ 22 Abs. 8 SGB II).
2. **Widerspruch gegen die Kündigung:** Wir schreiben einen Widerspruch und stützen ihn auf alle drei Möglichkeiten (Heilung, Härtefall, Formfehler). Frist dafür: 28. Dezember 2026.
3. **Unterlagen bei der Vermieterin anfordern:** Wir bitten die Vermieterin um eine genaue Forderungsaufstellung. Damit prüfen wir, ob die Schulden wirklich so hoch sind.

Welche Frist gilt?

Die Frist für den Widerspruch endet am **28. Dezember 2026**. Das ist zwei Monate vor dem Räumungstermin am 28. Februar 2027.

Bis dahin müssen wir handeln.

Aber: Wir können nicht warten. Den Antrag beim Jobcenter sollten wir innerhalb der nächsten Wochen stellen, weil das Jobcenter Zeit für die Prüfung braucht.

Was müssen Sie jetzt tun?

Bitte melden Sie sich bis spätestens 10. Juni 2026 bei uns.

Sagen Sie uns, ob wir den Widerspruch und den Antrag für Sie einlegen sollen.

Bitte schicken Sie uns außerdem folgende Unterlagen:

- den Mietvertrag (Original oder Kopie), auch alle Nachträge,

- die letzten 12 Mietzahlungs-Nachweise (Kontoauszüge oder Quittungen),
- alle Bescheide vom Jobcenter aus dem Zeitraum, in dem die Schulden entstanden sind,
- die Kündigung von der Vermieterin (Original) und wenn möglich den Briefumschlag.

Falls Sie die Unterlagen nicht alle haben: Bitte schicken Sie uns, was Sie haben. Den Rest können wir gemeinsam suchen.

Was kostet das?

Hier ist die Lage etwas anders als beim ersten Brief.

Für den Antrag beim Jobcenter (§ 22 Abs. 8 SGB II) gilt **Beratungshilfe**. Das heißt: Für Sie ist es kostenlos, wenn Sie einen Beratungshilfeschein vom Amtsgericht haben.

Für den Widerspruch gegen die Kündigung der Vermieterin gilt die Beratungshilfe nicht. Wenn eine Räumungsklage kommt, können wir aber **Prozesskostenhilfe** für Sie beantragen. Das ist eine andere Form der staatlichen Unterstützung.

Wir helfen Ihnen bei beiden Anträgen.

Mit freundlichen Grüßen

Kanzlei Muster & Partner GbR Sabine Muster, Rechtsanwältin

Schwere Wörter in diesem Brief -- einfach erklärt

Wort	Bedeutung
Kündigung	Die Vermieterin sagt: Der Mietvertrag soll enden.
Mietvertrag	Der Vertrag zwischen Ihnen und der Vermieterin. Darin steht, dass Sie in der Wohnung wohnen dürfen.
Mietschulden	Geld, das Sie der Vermieterin für die Miete schulden.
fristlose Kündigung	Eine sofortige Kündigung. Der Vertrag soll dann sofort enden.
ordentliche Kündigung	Eine Kündigung mit Frist. Der Vertrag endet nach einer bestimmten Zeit.
Heilung	Die Kündigung wird ungültig, weil bestimmte Bedingungen erfüllt sind -- zum Beispiel weil die Schulden bezahlt werden.
Härtefall / Sozialklausel	Eine Regel im Gesetz, die Mieterinnen und Mieter schützt, wenn der Auszug eine besondere Härte wäre.
Widerspruch	Sie sagen schriftlich: Ich bin nicht einverstanden. Bitte prüfen Sie noch einmal.
Beratungshilfe	Staatliche Unterstützung. Der Staat zahlt die Anwaltskosten.
Prozesskostenhilfe	Staatliche Unterstützung für Gerichtsverfahren. Der Staat zahlt die Gerichtskosten und die Anwaltskosten.
Mietschuldenübernahme	Das Jobcenter zahlt die Mietschulden, damit Sie nicht ausziehen müssen.

> **Hinweis:** Dieser Brief wurde nach den Grundsätzen der **Einfachen Sprache** (DIN SPEC 33429) vereinfacht. Die Fassung ersetzt nicht das juristische Originalschreiben.

Datei: 10_mandantenbrief2_leichte.md

Mandantenbrief 2 in Leichter Sprache (Netzwerk Leichte Sprache)

Brief in Leichter Sprache

Von: Kanzlei Muster & Partner, Berlin

Datum: 3. Juni 2026

Für: Frau Gisela Neumann

Worum geht es?

Ihre Vermieterin hat Ihnen einen Brief geschickt.

Der Brief ist eine Kündigung.

Die Vermieterin sagt:

Sie müssen aus der Wohnung ausziehen.

Sie sollen ausziehen am

28. Februar 2027.

Warum kündigt die Vermieterin?

Die Vermieterin sagt:

Sie haben Mietschulden.

Sie schulden der Vermieterin

1.842 Euro.

Das ist viel Geld.

Was machen wir?

Wir helfen Ihnen.

Wir wollen die Wohnung retten.

Es gibt drei Wege:

Weg 1: Das Jobcenter zahlt die Schulden

Das Jobcenter kann die Mietschulden zahlen.

Dann ist die Kündigung manchmal weg.

Wir schreiben einen Brief an das Jobcenter.

Wir bitten das Jobcenter um Hilfe.

Weg 2: Sie sind ein Härtefall

Sie wohnen schon sehr lange in der Wohnung.

Schon seit 17 Jahren.
Sie bekommen Bürgergeld.
Sie haben eine Betreuerin.
Das alles ist wichtig.
Das Gesetz schützt Sie.
Sie sind ein besonderer Fall.
Sie müssen vielleicht nicht ausziehen.
Weg 3: Die Kündigung ist falsch
Eine Kündigung muss richtig geschrieben sein.
Wir prüfen die Kündigung genau.
Vielleicht hat die Vermieterin Fehler gemacht.
Dann gilt die Kündigung nicht.
Was machen wir genau?
Wir schreiben einen Widerspruch.
Widerspruch heißt:
Wir sagen: Die Kündigung ist nicht in Ordnung.
Wir bitten das Jobcenter um Hilfe.
Wir fragen die Vermieterin:
Wieviel Geld schulde ich Ihnen genau?
Wichtige Frist
Wir müssen schnell handeln.
Wir müssen bis zum
28. Dezember 2026
den Widerspruch fertig haben.
Was müssen Sie jetzt tun?
Bitte melden Sie sich bei uns.
Bis zum 10. Juni 2026.
Sagen Sie uns:
Sollen wir Ihnen helfen?
Sie können uns anrufen:
030 / 12 34 56-0
Was schicken Sie uns?
Bitte schicken Sie uns:
Den Mietvertrag.
Die Kontoauszüge der letzten 12 Monate.
Damit wir sehen, wann Sie gezahlt haben.

Die Briefe vom Jobcenter.
Den Brief von der Vermieterin.
Mit der Kündigung.
Wenn Sie etwas nicht finden:
Sagen Sie es uns.
Wir helfen Ihnen beim Suchen.
Kostet das etwas?
Es ist kompliziert.
Ein Teil ist kostenlos.
Der Brief an das Jobcenter ist kostenlos.
Wenn Sie Beratungshilfe haben.
Ein anderer Teil ist nicht automatisch kostenlos.
Der Streit mit der Vermieterin.
Aber:
Wir können einen Antrag stellen.
Der Staat zahlt dann oft.
Das heißt Prozesskostenhilfe.
Wir helfen Ihnen dabei.
Schwere Wörter
Kündigung:
Die Vermieterin sagt:
Der Mietvertrag soll enden.
Mietschulden:
Geld, das Sie der Vermieterin schulden.
Für die Miete.
Widerspruch:
Sie sagen: Ich bin nicht einverstanden.
Bitte prüfen Sie noch einmal.
Härtefall:
Ein besonderer Fall.
Sie haben besondere Gründe.
Deshalb müssen Sie vielleicht nicht ausziehen.
Beratungshilfe:
Der Staat zahlt die Anwalts-Kosten.
Für einfache Hilfe.
Prozesskostenhilfe:

Der Staat zahlt die Anwalts-Kosten.

Bei einem Gerichts-Verfahren.

Hinweis zur Leichten Sprache

Dieser Text wurde nach den Regeln des Netzwerks Leichte Sprache geschrieben. Er wurde noch nicht von Menschen aus der Zielgruppe geprüft. Diese Prüfung ist bei echten Texten in Leichter Sprache Pflicht.

Datei: 11_vergleichsdokument_brief2.md

Vergleichsdokument 2: Mandantenbrief 2 (Mietkündigung) -- schwer → einfach → leicht

Vergleichsgegenstand: Brief an Frau Neumann zur Kündigung durch die Vermieterin

Merkmal	Wert
Aktenzeichen Kanzlei	KMP/MietR/2026/0512
Datum	03.06.2026
Streitgegenstand	Wohnraumkündigung wegen Mietrückstand (1.842,17 EUR)
Komplexität	hoch (Schnittstelle Mietrecht / Sozialrecht; Sozialklausel; Schonfristzahlung)
Wortzahl Original	642 Wörter
Wortzahl Einfache Sprache	583 Wörter
Wortzahl Leichte Sprache	308 Wörter

Wesentliche Unterschiede zu Brief 1

Brief 2 ist deutlich anspruchsvoller, weil:

1. **Mehrere Rechtsgrundlagen** parallel relevant sind (§§ 568, 569, 573, 574 BGB; § 22 SGB II).
2. **Mehrere Adressaten** angesprochen werden (Vermieterin, Jobcenter, Amtsgericht).
3. **Strategische Alternativen** bestehen: Heilungswirkung vs. Härtefall vs. Formfehler.
4. **Frist** weiter in der Zukunft liegt, aber bestimmte Zwischenschritte zeitkritisch sind.

Diese Komplexität ist in der Übersetzung schwierig abzubilden:

- In **Einfacher Sprache** lassen sich alle drei Wege ("Möglichkeit 1, 2, 3") gut darstellen.
- In **Leichter Sprache** mussten die drei Wege zu kurzen, parallelen Absätzen ("Weg 1, 2, 3") gebracht werden, was die juristische Differenzierung deutlich verflacht.

Satz-für-Satz-Vergleich (Auszug)

Beispiel 1 -- Hauptsatz zur Heilung

Schwer (Original): > Sollten die rückständigen Beträge -- ggf. unter Einbeziehung etwaiger Übernahmen durch das Jobcenter Berlin-Lichtenberg im Rahmen der Mietkostenübernahme -- innerhalb der gesetzlichen Schonfrist beglichen werden, könnte die fristlose Kündigung geheilt werden; die in der Vermieterinnenerklärung zugleich erklärte ordentliche Kündigung kann hiervon allerdings unberührt bleiben (BGH, st. Rspr.).

> Wortzahl: 56. Konditionalsatz mit Schachtelung, indirekter Rede, Verweis auf "BGH, st. Rspr." ohne konkretes Aktenzeichen (zu Recht, weil generisch). Zwei Fachbegriffe ("Schonfrist", "Heilung").

Einfache Sprache: > Wenn die Mietschulden bezahlt werden -- zum Beispiel vom Jobcenter --, kann die Kündigung in vielen Fällen "geheilt" werden. Das bedeutet: Die Kündigung gilt dann nicht mehr. > > Aber Achtung: Es gibt zwei Arten von Kündigung. Die fristlose Kündigung kann durch Zahlung geheilt werden. Die ordentliche Kündigung gilt unter Umständen weiter, auch wenn die Schulden bezahlt sind. Das prüfen wir genau.

> Wortzahl: 65 in fünf Sätzen. Begriff "Schonfrist" weggelassen. "Heilung" beibehalten und sofort erklärt. Differenzierung "fristlos / ordentlich" beibehalten, weil rechtlich wichtig.

Leichte Sprache: > Weg 1: Das Jobcenter zahlt die Schulden > > Das Jobcenter kann die Mietschulden zahlen. > > Dann ist die Kündigung manchmal weg. > > Wir schreiben einen Brief an das Jobcenter. > Wir bitten das Jobcenter um Hilfe.

> Wortzahl: 28 in vier kurzen Sätzen. Komplette Differenzierung zwischen fristloser und ordentlicher Kündigung weggelassen -- das ist ein bewusster Informationsverlust. Vorteil: Die Mandantin versteht den Kern ("das Jobcenter kann helfen"). Nachteil: Sie könnte fälschlich annehmen, dass die Kündigung bei Zahlung automatisch ganz weg ist.

Beispiel 2 -- Sozialklausel § 574 BGB

Schwer (Original): > Im Rahmen Ihrer persönlichen Situation -- insbesondere Bezug von Bürgergeld nach SGB II, langer Vermietungszeit von über 17 Jahren, bestehender rechtlicher Betreuung (§ 1814 BGB), gesundheitlicher Beeinträchtigungen -- kommt eine Sozialklausel nach § 574 BGB grundsätzlich in Betracht.

> Wortzahl: 39. Aufzählungsklammer, Verweis auf zwei Paragraphen, Fachbegriff "Sozialklausel".

Einfache Sprache: > Sie wohnen seit über 17 Jahren in der Wohnung. Sie haben Bürgergeld. Sie haben eine rechtliche Betreuerin. Das alles spricht dafür, dass ein Umzug für Sie eine besondere Härte wäre. Das Gesetz schützt Mieterinnen und Mieter in solchen Fällen mit einer "Sozialklausel" (§ 574 BGB).

> Wortzahl: 49 in fünf Sätzen. Konkrete persönliche Umstände in eigenen Sätzen, dann erst Folge ("besondere Härte"). Begriff "Sozialklausel" beibehalten, weil er griffig ist; Paragraph in Klammer als Information für mögliche Folgegespräche.

Leichte Sprache: > Weg 2: Sie sind ein Härtefall > > Sie wohnen schon sehr lange in der Wohnung. > Schon seit 17 Jahren. > > Sie bekommen Bürgergeld. > > Sie haben eine Betreuerin. > > Das alles ist wichtig. > > Das Gesetz schützt Sie. > Sie sind ein besonderer Fall. > > Sie müssen vielleicht nicht ausziehen.

> Wortzahl: 47 in neun kurzen Sätzen. Begriff "Sozialklausel" durch "Härtefall" / "besonderer Fall" ersetzt. Konkrete Umstände einzeln genannt. Ergebnis ("müssen vielleicht nicht ausziehen") am Ende.

Beispiel 3 -- Kostenhinweis

Schwer (Original): > Die Vertretung in Mietrechtsangelegenheiten ist nicht durch die Beratungshilfe abgedeckt, soweit es um Wahrnehmung von Rechten und Pflichten gegenüber Privaten (Vermieter) geht. Für die Wahrnehmung Ihrer Interessen gegenüber dem Jobcenter (§ 22 Abs. 8 SGB II) gilt jedoch Beratungshilfe weiterhin. Wir empfehlen, vorsorglich auch einen Antrag auf Prozesskostenhilfe für eine

etwaige Räumungsklage zu stellen, sobald solche absehbar wird.

> Wortzahl: 56. Drei Sätze, davon einer mit Bedingungssatz. Drei Begriffe ("Beratungshilfe", "Prozesskostenhilfe", "Räumungsklage").

Einfache Sprache: > Hier ist die Lage etwas anders als beim ersten Brief. > > **Für den Antrag beim Jobcenter** (§ 22 Abs. 8 SGB II) gilt **Beratungshilfe**. Das heißt: Für Sie ist es kostenlos, wenn Sie einen Beratungshilfeschein vom Amtsgericht haben. > > **Für den Widerspruch gegen die Kündigung der Vermieterin** gilt die Beratungshilfe nicht. Wenn eine Räumungsklage kommt, können wir aber **Prozesskostenhilfe** für Sie beantragen. Das ist eine andere Form der staatlichen Unterstützung. > > Wir helfen Ihnen bei beiden Anträgen.

> Wortzahl: 78 in sechs Sätzen. Differenzierung Beratungshilfe / Prozesskostenhilfe in eigenen Absätzen. Schluss-Satz "Wir helfen Ihnen bei beiden Anträgen" gibt der Mandantin Sicherheit.

Leichte Sprache: > Kostet das etwas? > > Es ist kompliziert. > > Ein Teil ist kostenlos. > Der Brief an das Jobcenter ist kostenlos. > Wenn Sie Beratungshilfe haben. > > Ein anderer Teil ist nicht automatisch kostenlos. > Der Streit mit der Vermieterin. > > Aber: > Wir können einen Antrag stellen. > Der Staat zahlt dann oft. > > Das heißt Prozesskostenhilfe. > > Wir helfen Ihnen dabei.

> Wortzahl: 56 in elf kurzen Sätzen. Der Anfangssatz "Es ist kompliziert" benennt offen die Komplexität, anstatt sie zu verstecken. Begriffe "Beratungshilfe" und "Prozesskostenhilfe" beibehalten, aber im Text klargemacht, wozu sie gehören.

Bewertung der Übersetzung Brief 2

Kriterium	Einfache Sprache	Leichte Sprache
Verständlichkeit	gut	sehr gut für Zielgruppe (vorausgesetzt Zielgruppenprüfung erfolgt)
Informationstreue	hoch	mittel (Differenzierung fristlos / ordentlich verkürzt)
Handlungsorientierung	gut	gut (Telefonnummer, klare Frist)
Tonfall	freundlich, professionell	freundlich, einfühlsam
Rechtssicherheit (für Anwältin)	hoch	mittel (Anwältin muss Mandantin im Folgegespräch ergänzend informieren)

Hinweise an die Anwältin

- Nach Empfang der Antwort Frau Neumann sollte ein **kurzes Folgegespräch** stattfinden, weil die Differenzierung "fristlos / ordentlich" in der Leichte-Sprache-Fassung verloren gegangen ist. Der Hinweis sollte sein: "Selbst wenn das Jobcenter die Schulden übernimmt, müssen wir die Kündigung weiter prüfen, weil eine zweite Kündigungsart noch wirken könnte."
- Die **Betreuerin Frau Schmuck** sollte eine Kopie der Einfachen-Sprache-Fassung erhalten, damit sie das Gespräch mit Frau Neumann nachvollziehen kann.
- Die **Vorlage beim Amtsgericht Berlin-Mitte** (Beratungshilfeschein für Sozialrecht-Teil) sollte gleichzeitig erfolgen.

Was war in Brief 2 anders als in Brief 1?

Aspekt	Brief 1 (Heizkosten)	Brief 2 (Mietkündigung)
Adressaten	nur Jobcenter	Vermieterin + Jobcenter + Amtsgericht (Beratungshilfe)
Rechtsgebiete	Sozialrecht	Mietrecht + Sozialrecht
Rechtsfolge bei Versäumnis	Bestandskraft des Bescheids	Räumung der Wohnung
Emotionale Belastung Mandantin	mittel	hoch (Verlust der Wohnung)
Sprachstufenübersetzung Schwierigkeit	mittel	hoch
Zielgruppenprüfung erforderlich	empfohlen	dringend empfohlen

Datei: 12_mandantenbrief3_betreuung_schwer.md

Mandantenbrief 3 -- Folgebetreuung (schwere Originalfassung)

Kanzlei Muster & Partner GbR

Fachanwälte für Sozialrecht und Mietrecht Berliner Allee 47, 10115 Berlin

Mandantin	Frau Gisela Neumann
Aktenzeichen	KMP/Betr/2026/0613
Unser Zeichen	SM/jk
Datum	Berlin, 19.06.2026
Betreff	Mitwirkung im Verfahren zur Verlängerung Ihrer rechtlichen Betreuung (Amtsgericht Berlin-Mitte, Az. 612 XVII 414/22) -- Anhörungstermin am 02.07.2026

Frau Gisela Neumann Rosenweg 12 13055 Berlin

Sehr geehrte Frau Neumann,

I. Anlass

wir nehmen Bezug auf die Mitteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte (Betreuungsabteilung) vom 14.06.2026, mit der die periodische Überprüfung Ihrer rechtlichen Betreuung gemäß § 295 FamFG i. V. m. § 1862 BGB angekündigt wird. Ihre rechtliche Betreuung -- bestellt durch Beschluss vom 14.10.2022 (Az. 612 XVII 414/22) und ausgeübt durch Frau Renate Schmuck, Betreuungsverein "Pankow Hilft e. V." -- ist auf vier Jahre angelegt; die Überprüfung findet daher turnusmäßig im Sommer 2026 statt.

II. Rechtslage

Nach §§ 1814 ff. BGB darf eine rechtliche Betreuung nur in dem Umfang fortgesetzt werden, wie sie zur Wahrnehmung der Angelegenheiten der betreuten Person erforderlich ist. Eine Betreuung kann verlängert, geändert (in den Aufgabenkreisen) oder aufgehoben werden, sofern sich die Verhältnisse

geändert haben.

Im Anhörungstermin am 02.07.2026 (Beginn 14:30 Uhr, Saal 218, Amtsgericht Berlin-Mitte, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin) wird das Gericht prüfen, ob

- a) die Betreuung in ihrer bisherigen Form fortbesteht (Aufgabenkreise: Vermögensangelegenheiten, Behördenangelegenheiten, Gesundheitsfürsorge),
- b) einzelne Aufgabenkreise herausgelöst oder hinzugefügt werden,
- c) die Betreuung aufgehoben werden kann, weil Sie diese Angelegenheiten wieder selbst regeln können,
- d) die Betreuerin (Frau Schmuck) durch eine andere Person ersetzt werden soll.

III. Beobachtungen aus dem Mandat

In den vergangenen Wochen haben wir Sie im Jobcenter-Verfahren (Heizkosten, Az. KMP/SoR/2026/0438) und im Mietrechtsverfahren (Kündigung, Az. KMP/MietR/2026/0512) vertreten. Wir konnten beobachten, dass

- Sie sich aktiv in die Vorgänge eingebracht haben und alle erbetenen Unterlagen sorgfältig zusammengestellt haben,
- Sie die Tragweite der jeweiligen Verfahren grundsätzlich erfasst haben, aber bei der Detailausgestaltung (insbesondere bei Kostenfragen) auf Unterstützung angewiesen waren,
- die Zusammenarbeit zwischen Ihnen, Frau Schmuck und unserer Kanzlei reibungslos verlief.

Aus unserer Wahrnehmung erscheint eine **Fortsetzung der Betreuung in ihrer bisherigen Form** angezeigt, möglicherweise mit einer Einengung des Aufgabenkreises "Vermögensangelegenheiten" auf bestimmte Vorgänge oberhalb einer Bagatellgrenze. Endgültige Bewertung obliegt selbstverständlich dem Amtsgericht und ggf. einem Verfahrenspfleger.

IV. Ihr Handlungsbedarf

1. Bitte prüfen Sie, ob Sie zum Anhörungstermin am 02.07.2026 persönlich erscheinen können oder ob Sie eine schriftliche Stellungnahme abgeben möchten.
2. Bitte sprechen Sie mit Frau Schmuck über Ihre Wünsche zur Fortsetzung, Änderung oder Aufhebung der Betreuung. Wir empfehlen, Ihre Position im Gespräch mit Frau Schmuck vorzubereiten, damit Sie im Termin klar äußern können.
3. Bitte teilen Sie uns bis spätestens 26.06.2026 mit, ob Sie wünschen, dass wir Sie im Anhörungstermin begleiten. Die Begleitung im Betreuungstermin durch eine Anwältin ist nicht zwingend, kann aber bei Unsicherheiten hilfreich sein.

V. Kostenhinweis

Die Begleitung in einem betreuungsgerichtlichen Anhörungstermin ist nicht durch Beratungshilfe abgedeckt, wenn keine offene Streitfrage gegenüber Dritten besteht. Wir bieten Ihnen jedoch an, das Mandat ohne gesondertes Honorar wahrzunehmen, weil sich der Termin direkt an unser laufendes Mandat im Sozialrechts- und Mietverfahren anschließt und für die dortige Bearbeitung wertvoll ist.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Muster Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht

Anlagen: Übersicht zum Betreuungsverfahren; Adresse und Anfahrtshinweise Amtsgericht Berlin-Mitte; Merkblatt "Was passiert im Betreuungstermin?".

Datei: 13_mandantenbrief3_einfache_und_leichte.md

Mandantenbrief 3 -- Fassungen Einfache und Leichte Sprache

Brief 3 betrifft die anstehende Verlängerung der rechtlichen Betreuung von Frau Neumann durch das Amtsgericht Berlin-Mitte. Dieses Dokument enthält beide vereinfachten Fassungen nebeneinander, weil die Übersetzungs-Strategie wegen der besonderen emotionalen Bedeutung des Themas hier sehr aufmerksam erfolgen muss.

A. Mandantenbrief 3 in Einfacher Sprache (DIN SPEC 33429)

> **Kanzlei Muster & Partner** > Berliner Allee 47, 10115 Berlin > Telefon: 030 / 12 34 56-0 > Datum: 19. Juni 2026 > Aktenzeichen: KMP/Betr/2026/0613

Frau Gisela Neumann Rosenweg 12 13055 Berlin

Sehr geehrte Frau Neumann,

das Amtsgericht Berlin-Mitte schreibt uns, dass Ihre rechtliche Betreuung jetzt überprüft wird. Das ist normal. Das Gericht macht das alle vier Jahre. Bei Ihnen wurde die Betreuung im Oktober 2022 eingerichtet, also ist jetzt die Zeit.

Ihre Betreuerin ist Frau Renate Schmuck vom Verein "Pankow Hilft e. V.".

Was passiert beim Termin?

Das Gericht möchte mit Ihnen sprechen.

Termin: Donnerstag, 2. Juli 2026, 14:30 Uhr

Ort: Amtsgericht Berlin-Mitte, Littenstraße 12-17, 10179 Berlin, Saal 218

Im Termin prüft die Richterin, ob die Betreuung in der heutigen Form weitergeht.

Es gibt vier Möglichkeiten:

1. Die Betreuung bleibt **wie sie ist**.
2. Die Betreuung wird **kleiner**. Zum Beispiel: Sie können wieder mehr Dinge alleine entscheiden.
3. Die Betreuung wird **größer**. Zum Beispiel: Frau Schmuck darf mehr für Sie regeln.
4. Die Betreuung wird **ganz aufgehoben**. Das wäre der Fall, wenn Sie alles wieder allein regeln können.

Es gibt auch die Möglichkeit, dass Frau Schmuck als Betreuerin **ersetzt** wird. Das passiert aber nur, wenn Sie das wünschen oder wenn Frau Schmuck nicht mehr kann.

Was haben wir beobachtet?

In den letzten Wochen haben wir mit Ihnen zusammengearbeitet. Wegen der Heizkosten und wegen der Wohnungs-Kündigung.

Wir haben gesehen:

- Sie haben gut mitgearbeitet.
- Sie haben verstanden, worum es geht.
- Bei manchen Dingen (zum Beispiel Kostenfragen) brauchen Sie noch Unterstützung.

Aus unserer Sicht ist es **gut, wenn die Betreuung weiter besteht** -- vielleicht etwas kleiner als jetzt. Aber das müssen Sie selbst sagen. Die Richterin entscheidet am Ende.

Was sollten Sie tun?

1. **Überlegen Sie:** Wollen Sie zum Termin am 2. Juli kommen? Oder wollen Sie lieber schriftlich Stellung nehmen?
2. **Sprechen Sie mit Frau Schmuck.** Sagen Sie ihr, was Sie zur Betreuung denken. Wollen Sie, dass die Betreuung weitergeht? Oder wollen Sie etwas ändern?
3. **Sagen Sie uns bis 26. Juni 2026,** ob wir Sie zum Termin begleiten sollen. Sie müssen das nicht entscheiden. Wir können Sie begleiten oder Sie können allein gehen.

Was kostet das?

Die Begleitung beim Termin ist normalerweise nicht durch Beratungshilfe abgedeckt. Aber: Wir machen das **kostenlos** für Sie, weil es an unsere Arbeit für Sie anschließt.

Mit freundlichen Grüßen

Kanzlei Muster & Partner GbR Sabine Muster, Rechtsanwältin

Schwere Wörter

Wort	Bedeutung
rechtliche Betreuung	Eine Person hilft Ihnen bei wichtigen Dingen, die Sie allein nicht regeln können. Das Gericht hat Frau Schmuck als Ihre Betreuerin bestellt.
Amtsgericht	Ein Gericht für viele alltägliche Sachen. Hier: für Betreuungssachen.
Anhörung / Termin	Ein Gespräch beim Gericht. Die Richterin fragt Sie, wie es Ihnen geht und was Sie wollen.
Aufgabenkreis	Welche Dinge darf Ihre Betreuerin für Sie regeln? Zum Beispiel: Ihr Geld, Ihre Wohnung, Ihre Gesundheit.
Vermögensangelegenheiten	Alles, was mit Ihrem Geld und Ihrem Besitz zu tun hat.
Behördenangelegenheiten	Alles, was mit Ämtern zu tun hat (Jobcenter, Krankenkasse, Rentenkasse).
**Gesundheitsfürsorge*	Entscheidungen über Ihre Gesundheit (Arztbesuche, Operationen).

> **Hinweis:** Dieser Brief wurde nach den Grundsätzen der Einfachen Sprache (DIN SPEC 33429) vereinfacht.

B. Mandantenbrief 3 in Leichter Sprache (Netzwerk Leichte Sprache)

Brief in Leichter Sprache

Von: Kanzlei Muster & Partner, Berlin

Datum: 19. Juni 2026

Für: Frau Gisela Neumann

Worum geht es?

Das Gericht hat einen Brief geschickt.

Das Gericht möchte mit Ihnen sprechen.

Über Ihre Betreuung.

Betreuung heißt:

Eine Person hilft Ihnen.

Bei wichtigen Sachen.

Ihre Betreuerin ist Frau Schmuck.

Das Gericht prüft die Betreuung alle 4 Jahre.

Jetzt ist die Zeit.

Wann ist der Termin?

Termin am: 2. Juli 2026

Um 14:30 Uhr

Beim Amtsgericht Berlin-Mitte

Littenstraße 12

10179 Berlin

Saal 218

Was passiert beim Termin?

Eine Richterin spricht mit Ihnen.

Die Richterin fragt:

Wollen Sie die Betreuung weiter?

Die Richterin kann entscheiden:

1. Die Betreuung bleibt wie sie ist.
2. Die Betreuung wird kleiner.
3. Die Betreuung wird größer.
4. Die Betreuung wird ganz weg.

Was sagen wir?

Wir haben mit Ihnen gearbeitet.

Sie haben gut mitgearbeitet.

Wir glauben:

Die Betreuung soll weitergehen.

Aber:

Sie entscheiden selbst.

Die Richterin entscheidet am Ende.

Was sollen Sie tun?

1. Überlegen Sie:

Wollen Sie zum Termin kommen?

Sie können auch zu Hause bleiben.

Dann schreiben Sie einen Brief.

2. Sprechen Sie mit Frau Schmuck.

Was wollen Sie?

3. Sagen Sie uns bis zum

26. Juni 2026:

Sollen wir mitkommen zum Termin?

Sie können uns anrufen:

030 / 12 34 56-0

Kostet das etwas?

Nein.

Wir kommen mit.

Das ist kostenlos für Sie.

Schwere Wörter

Betreuung:

Eine Person hilft Ihnen.

Bei wichtigen Sachen.

Gericht:

Eine Behörde.

Hier wird Recht gesprochen.

Richterin:

Eine Person, die im Gericht arbeitet.

Sie trifft Entscheidungen.

Termin:

Ein Gespräch zu einer bestimmten Zeit.

Hinweis zur Leichten Sprache

Dieser Text wurde nach den Regeln des Netzwerks Leichte Sprache geschrieben. Er wurde noch nicht von Menschen aus der Zielgruppe geprüft. Diese Prüfung ist bei echten Texten in Leichter Sprache Pflicht.

C. Vergleichshinweise zur Übersetzung Brief 3

Punkt	Anmerkung
Emotionale Last	Brief 3 betrifft die persönliche Entscheidungsautonomie von Frau Neumann. Der Ton muss besonders einfühlsam sein. Beide Fassungen vermeiden Wertungen ("Die Betreuung ist gut für Sie").
Vier Möglichkeiten	Wurden in beiden Fassungen als nummerierte Liste dargestellt. In Leichter Sprache jeweils ein Satz pro Möglichkeit; das macht die Liste übersichtlicher.
Konkreter Termin / Ort	Termin, Uhrzeit, Adresse und Saal sind in beiden Fassungen ausgeschrieben (statt nur im Briefkopf), weil das die Mandantin im Alltag direkt verwenden kann.
Verfahrenspfleger	Im Originalbrief erwähnt, in beiden vereinfachten Fassungen weggelassen, weil der Begriff für Frau Neumann nicht handlungsrelevant ist. Anwältin erklärt das bei Bedarf mündlich.
Aufgabenkreise	Im Original genannt (Vermögen, Behörde, Gesundheit); in Einfacher Sprache im Glossar erklärt; in Leichter Sprache komplett weggelassen, weil das die Mandantin im Termin selbst erleben wird.
Kostenhinweis	Kanzlei bietet die Begleitung kostenlos an. Das wird in beiden Fassungen klar gesagt, weil das ein wichtiges Signal ist.

Datei: 14_bitv_hinweis_und_compliance.md

BITV 2.0, BGG und DIN SPEC 33429 -- Compliance-Hinweis

Dieses Dokument ordnet die in der Akte verwendeten Sprachstufen rechtlich ein und gibt einen Überblick über die einschlägigen Normen und Pflichten. Es richtet sich an die Kanzlei (Verarbeitende), die Mandantschaft (Empfangende) und an Lernende.

1. Rechtsgrundlagen im Überblick

Norm	Inhalt	Adressat	Relevanz für die Kanzlei
BGG -- Behindertengleichstellungsgesetz	Verpflichtet Bundesbehörden zur Gewährleistung von Barrierefreiheit. Bundeseinheitliche Sprache und Verhältnismäßigkeit.	Bundesbehörden, Bundesverwaltung	Nicht direkt anwendbar auf Anwaltskanzleien, aber Maßstab für die Praxis.

Norm	Inhalt	Adressat	Relevanz für die Kanzlei
BITV 2.0 -- Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung	Technische Anforderungen an barrierefreie Webseiten und elektronische Dokumente. Insbesondere § 4 BITV 2.0 (Stellungnahme zur Barrierefreiheit).	Behörden des Bundes; einige Landes-Versionen ähnlich	Anwaltskanzleien sind formell nicht erfasst; die Anforderungen sind aber als best practice anerkannt.
WCAG 2.1 / 2.2	Web Content Accessibility Guidelines (Konformitätsstufe A, AA, AAA).	global	Für die Kanzlei-Website relevant, wenn sie an öffentliche Aufträge mit Barrierefreiheits-Anforderungen heranreicht.
DIN SPEC 33429:2024-08	Erster nationaler Standard für Einfache Sprache. Definiert Kriterien (Satzlänge, Wortschatz, Struktur, Lesbarkeit).	Anbieter von Texten in Einfacher Sprache	Methodischer Bezugspunkt für Einfache-Sprache-Fassung in dieser Akte.
Regelwerk Netzwerk Leichte Sprache	Praxisbekanntes Regelwerk (keine DIN-Norm). Strengere Kriterien als Einfache Sprache.	Anbieter von Leichter Sprache	Methodischer Bezugspunkt für Leichte-Sprache-Fassung.
§ 1814 BGB	Voraussetzungen für rechtliche Betreuung.	Betreuungsgerichte und Beteiligte	Mandantin in dieser Akte steht unter Betreuung; informierte Selbstentscheidung verlangt eine verstandene Information.
§ 11 BGG i. V. m. § 14 BGG	Verpflichtung der Bundesbehörden zur Bereitstellung von Informationen in Leichter Sprache auf Anforderung.	Bundesbehörden	Jobcenter Berlin-Lichtenberg ist Behörde im Sinne dieser Norm; kann zur Bereitstellung in Leichter Sprache verpflichtet werden.
EU-Richtlinie 2016/2102 (Web-Accessibility-Directive)	Bindet öffentliche Stellen zur Barrierefreiheit von Webauftritten und mobilen Anwendungen.	öffentliche Stellen in EU	Indirekte Auswirkung über die nationale Umsetzung.

Norm	Inhalt	Adressat	Relevanz für die Kanzlei
EU-Richtlinie 2019/882 (European Accessibility Act)	Erweitert Barrierefreiheits-Anforderungen auf private Wirtschaftsakteure für bestimmte Produkte und Dienstleistungen. Umsetzung bis 28.06.2025.	Wirtschaftsakteure mit Verbrauchsdienstleistungen (z. B. E-Commerce, Bankdienstleistungen)	Anwaltsleistungen sind in der Grundauffassung nicht direkt erfasst, aber Kanzleien sollten die Entwicklung beobachten.

2. Wann ist Einfache Sprache, wann Leichte Sprache richtig?

Eine pauschale Regel gibt es nicht. Die Wahl der Sprachstufe hängt vom **konkreten Adressaten**, vom **Kommunikationszweck** und von der **Komplexität des Inhalts** ab.

Sprachstufe	Geeignet für	Eingrenzung
Standardsprache	Juristisch versierte Mandantschaft, Kollegen, Gericht	Setzt Sprachverständnis und Fachkenntnis voraus
Einfache Sprache (DIN SPEC 33429)	Mandantschaft mit eingeschränkter Lesekompetenz, mit wenig Deutschkenntnissen, mit geringer juristischer Erfahrung	Vermindert juristische Tiefe, aber bleibt informationsreich
Leichte Sprache (Netzwerk Leichte Sprache)	Mandantschaft mit kognitiven Einschränkungen, mit geistiger Behinderung, mit schwerer Leseschwäche	Reduziert Information stark; erfordert Zielgruppenprüfung; ist als alleinige Kommunikation kaum ausreichend, sondern als Begleitung zum Standardbrief gedacht

In der vorliegenden Akte ist Frau Neumann eine Mandantin mit **rechtlicher Betreuung** und kognitiven Einschränkungen. Die Kanzlei hat deshalb **beide Sprachstufen parallel** angeboten:

- Standardbrief (juristisch korrekt, vollständig informativ, für die Akte und das Gericht).
- Einfache Sprache (für die selbstständige Lektüre durch Frau Neumann).
- Leichte Sprache (als zusätzliche Unterstützung, insbesondere für die Vorbereitung des persönlichen Termins).

3. Methodischer Hinweis -- Zielgruppenprüfung

Nach dem **Regelwerk des Netzwerks Leichte Sprache** ist eine **Prüfung durch Menschen aus der Zielgruppe** verpflichtend, bevor ein Text offiziell als "Leichte Sprache" bezeichnet werden darf.

In dieser Akte: Die Zielgruppenprüfung ist **nicht erfolgt**. Die in dieser Akte enthaltenen Leichte-Sprache-Fassungen sind daher methodisch als **Entwürfe** zu verstehen. Bei einer realen Mandantenkommunikation müsste vor Versand:

1. ein oder mehrere Prüfer:innen aus der Zielgruppe (z. B. Werkstatt für Menschen mit Behinderung, Vereine wie "Mensch zuerst", spezialisierte Lektorate) den Text lesen,

2. fragen, was unklar bleibt,
3. mit Rückmeldungen den Text überarbeiten,
4. den überarbeiteten Text erneut prüfen lassen,
5. erst dann den Text als "Leichte Sprache" verwenden.

Die Prüfung dauert pro Brief erfahrungsgemäß 60 -- 90 Minuten und kostet 80 -- 150 EUR (Honorar Prüfer:innen / Werkstatt-Pauschale). Diese Kosten sind nicht durch Beratungshilfe oder Prozesskostenhilfe abgedeckt; in der Kanzlei Muster & Partner ist dafür ein Hausbudget reserviert ("Barrierefreiheit-Mandate").

4. Compliance-Hinweis Kanzlei-Website

Die Kanzlei Muster & Partner bietet auf ihrer eigenen Website (kanzlei-muster-partner.de) folgende Barrierefreiheits-Elemente:

Element	Status
Erklärung zur Barrierefreiheit (im Footer)	vorhanden, Stand 01.03.2026
Kontaktmöglichkeit per E-Mail in Leichter Sprache	vorhanden ("E-Mail in einfacher Sprache an: leichtmail@kanzlei-muster-partner.de")
Übersicht zur Einfachen und Leichten Sprache	vorhanden
WCAG 2.1 Konformitätsstufe AA	weitgehend erfüllt; einige PDFs nicht barrierefrei (Nachholarbeit geplant Q3/2026)
Untertitel auf Video-Erklärungen	vorhanden
Lesemodus-Schalter	nicht vorhanden, geplant
Vorlese-Funktion (Screen-Reader-Kompatibilität)	getestet 02/2026 mit NVDA und JAWS, weitgehend funktional

Die Kanzlei prüft jährlich die Aktualität der Erklärung zur Barrierefreiheit; nächste Prüfung Februar 2027.

5. Hinweise für die Akte

Punkt	Status in dieser Akte
Standardbrief vollständig und juristisch korrekt	ja (Brief 1, 2, 3)
Einfache-Sprache-Fassung verfügbar	ja (Brief 1, 2, 3)

Punkt	Status in dieser Akte
Leichte-Sprache-Fassung verfügbar	ja (Brief 1, 2, 3 -- jeweils als Entwurf)
Zielgruppenprüfung Leichte Sprache erfolgt	NEIN -- ausdrücklich offen
Glossar verfügbar	ja (Datei 04)
Vergleichsdokument verfügbar	ja (Datei 07 zu Brief 1, Datei 11 zu Brief 2)
BITV-Hinweis verfügbar	ja (dieses Dokument)
Mandantin / Betreuerin erhalten beide Fassungen	grundsätzlich ja; Standardbrief für Akte, Einfache-Sprache-Fassung für selbstständige Lektüre, Leichte-Sprache-Fassung als Unterstützung

6. Risiken und Grenzen

- 1. Informationsverlust:** Jede Vereinfachung verringert die juristische Substanz. Anwältin muss bei Folgegespräch differenziert nachfassen.
- 2. Falsche Sicherheit:** Eine Mandantin, die nur die Leichte-Sprache-Fassung liest, könnte fälschlich annehmen, sie habe den Brief vollständig verstanden. Erfahrungswert: 30 -- 50 % der Informationen aus dem Standardbrief bleiben in der Leichte-Sprache-Fassung enthalten.
- 3. Verantwortung:** Die Verantwortung für das Verstehen einer Information liegt nicht ausschließlich beim Anwalt, sondern auch bei der Betreuerin (§ 1814 BGB). Diese muss sicherstellen, dass die betreute Person die wesentlichen Informationen erfasst.
- 4. Haftung:** Auf der Standardbrief-Ebene gelten die anwaltlichen Beratungspflichten unverändert. Die Vereinfachung in Einfacher oder Leichter Sprache kann die Standardpflichten nicht reduzieren.
- 5. Datenschutz:** Bei Übersendung an externe Prüfer:innen für die Zielgruppenprüfung sind Mandanteninformationen zu anonymisieren (§ 43a BRAO, § 203 StGB).

7. Literatur und weiterführende Hinweise (extern, hier nur als Hinweis ohne Verifikation)

Die Kanzlei verweist auf externe Quellen für die Vertiefung; die Aktualität ist bei Beratungssituationen vor Ort zu prüfen:

- DIN SPEC 33429 -- offizielle Veröffentlichung beim Beuth Verlag (kostenpflichtig).
- Netzwerk Leichte Sprache -- Regelwerk online frei verfügbar.
- BMAS-Veröffentlichungen zur Leichten Sprache und BGG.
- Materialien der Bundesfachstelle für Barrierefreiheit.

(Konkrete Online-Zitierungen sind in dieser Akte nicht hinterlegt; bei einer realen Mandantenbearbeitung würden die Quellen nach den Vorgaben in `references/zitierweise.md` belegt.)

Word-Dokumente

Datei: 01_original_juristischer_text.docx

Kanzlei Muster & Partner GbR

Fachanwälte für Sozialrecht

Berliner Allee 47 · 10115 Berlin · Tel. 030 / 12 34 56-0 · s.muster@kanzlei-muster-partner.de

Frau Gisela Neumann

Rosenweg 12

13055 Berlin

Sehr geehrte Frau Neumann,

I. Gegenstand des Bescheids

wir bedanken uns für Ihr Vertrauen und nehmen Bezug auf das Telefonat vom 8. Mai 2026, in dem Sie uns den Ihnen am 3. Mai 2026 zugestellten Bescheid des Jobcenters Berlin-Lichtenberg (Bescheid vom 28. April 2026, Az. JC-LB-2026-00814-KdU) vorgelegt haben.

Das Jobcenter Berlin-Lichtenberg hat mit dem genannten Bescheid die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) für den Bewilligungszeitraum Juni bis November 2026 festgesetzt. Die von Ihnen mit Schreiben vom 14. April 2026 eingereichten Nachweise zu den Heizkosten wurden dabei nur in Höhe der sogenannten Angemessenheitsobergrenze berücksichtigt, obwohl nach unserer Auffassung die tatsächlichen Kosten anzusetzen sind:

- Heizkostenabrechnung der Wohnungsbaugesellschaft Nord GmbH für das Abrechnungsjahr 2025
- Vorauszahlungsmitteilung für 2026

Die Heizkostennachzahlung aus der Jahresabrechnung 2025 wurde im Bescheid nicht erwähnt.

II. Rechtliche Einschätzung

Nach § 22 Abs. 1 SGB II sind Bedarfe für Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anzuerkennen, soweit diese angemessen sind. Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass bei fehlendem schlüssigem Konzept die tatsächlichen Kosten zu übernehmen sind (BSG, Urt. v. 30.01.2019, B 14 AS 11/18 R; BSG, Urt. v. 16.06.2015, B 4 AS 44/14 R).

Nach § 22 Abs. 1 S. 4 SGB II sind Heizkostennachzahlungen als einmalige Bedarfe gesondert anzuerkennen. Der Bescheid enthält hierzu keine Ausführungen.

Der Bescheid ist nach unserer Einschätzung in zwei Punkten angreifbar:

- Die laufenden Heizkostenvorauszahlungen wurden zu Unrecht auf die Angemessenheitsobergrenze gekappt.
- Die Heizkostennachzahlung 2025 wurde nicht berücksichtigt.

III. Empfehlung und weiteres Vorgehen

Wir empfehlen, fristwährend Widerspruch gegen den Bescheid einzulegen und gleichzeitig Akteneinsicht nach § 25 SGB X zu beantragen.

Die Widerspruchsfrist (§ 84 Abs. 1 SGG i. V. m. § 36 SGB II) endet am 3. Juni 2026.

Wird die Frist versäumt, erwächst der Bescheid in Bestandskraft (§ 77 SGG). Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 27 SGB X) ist nur unter strengen Voraussetzungen möglich.

IV. Ihr Handlungsbedarf

Bitte teilen Sie uns bis spätestens 20. Mai 2026 mit, ob wir bevollmächtigt sind, den Widerspruch in Ihrem Namen einzulegen.

Bitte übersenden Sie uns außerdem folgende Unterlagen:

- Vollständige Heizkostenabrechnung Wohnungsbaugesellschaft Nord GmbH 2025 (Original oder Kopie)
- Aktuelle Vorauszahlungsmitteilung für 2026
- Mietvertrag samt etwaiger Nachträge
- Alle vorangegangenen Bescheide zum selben Bewilligungszeitraum

V. Kostenhinweis

Die Vertretung im Widerspruchsverfahren nach dem SGB II ist für Sie kostenlos, wenn Ihnen Beratungshilfe bewilligt wurde. Einen Beratungshilfeschein erhalten Sie beim Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung Beratungshilfe). Wir unterstützen Sie dabei gerne.

Mit freundlichen Grüßen

Kanzlei Muster & Partner GbR

Sabine Muster

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Sozialrecht

Anlagen

Anlage 1: Entwurf Widerspruchsschreiben (zur Ansicht, noch nicht versandt)

Anlage 2: Antrag auf Akteneinsicht (Entwurf)

Anlage 3: Merkblatt Beratungshilfe Amtsgericht Berlin-Mitte

Fiktive Lernakte – alle Personen und Aktenzeichen sind frei erfunden – ersetzt keine Rechtsberatung.

Mandantin	Frau Gisela Neumann, Rosenweg 12, 13055 Berlin
Aktenzeichen	KMP/SoR/2026/0438
Unser Zeichen	SM/jk
Datum	Berlin, 12. Mai 2026
Betreff	Widerspruch gegen Bescheid des Jobcenters Berlin-Lichtenberg vom 28. April 2026, Az. JC-LB-2026-00814-KdU

Datei: 03_leichte_sprache.docx

Brief in Leichter Sprache

Von: Kanzlei Muster & Partner, Berlin

Datum: 12. Mai 2026

Für: Frau Gisela Neumann

Worum geht es?

Sie haben einen Brief

vom Jobcenter bekommen.

Dieser Brief heißt Bescheid.

Der Bescheid ist

vom 28. April 2026.

Sie haben den Brief

am 3. Mai 2026 bekommen.

Was steht im Brief?

Das Jobcenter hat entschieden:

Sie bekommen Geld für Ihre Wohnung.

Sie bekommen Geld für Ihre Heizung.

Aber das Jobcenter hat

nicht genug Geld gegeben.

Warum ist das ein Problem?

Sie haben dem Jobcenter

Unterlagen gegeben.

Die Unterlagen zeigen,

wie viel Ihre Heizung kostet.

Das Jobcenter hat die Unterlagen

nicht richtig geprüft.

Das Jobcenter hat

zu wenig Geld gezahlt.

Außerdem:

Sie hatten eine Nachzahlung

für die Heizung.

Das Jobcenter hat diese Nachzahlung

nicht bezahlt.

Das ist falsch.

Was können Sie tun?

Sie können Widerspruch machen.

Widerspruch bedeutet:

Sie sagen dem Jobcenter:

Ich bin nicht einverstanden.

Bitte prüfen Sie noch einmal.

Was machen wir für Sie?

Wir schreiben den Widerspruch für Sie.

Wir schicken den Widerspruch

an das Jobcenter.

Wir fragen auch:

Zeigen Sie uns alle Unterlagen.

Wichtige Frist

Sie müssen bis zum

3. Juni 2026

Widerspruch machen.

Eine Frist ist eine Zeit.

Bis dahin muss etwas passieren.

Wenn die Frist vorbei ist:

Der Bescheid wird endgültig.

Dann ist es schwer,

noch etwas zu ändern.

Was müssen Sie jetzt tun?

Bitte melden Sie sich bei uns.

Bitte melden Sie sich bis zum

20. Mai 2026.

Sagen Sie uns:

Sollen wir den Widerspruch

für Sie machen?

Sie können uns anrufen:

030 / 12 34 56-0

Kostet das etwas?

Nein.

Der Widerspruch kostet Sie nichts.

Wenn Sie Beratungshilfe haben.

Beratungshilfe bedeutet:

Der Staat zahlt den Anwalt für Sie.

Wenn Sie keine Beratungshilfe haben:

Wir helfen Ihnen dabei.

Schwere Wörter

Bescheid:

Ein offizieller Brief von einer Behörde.

In dem Brief steht eine Entscheidung.

Widerspruch:

Sie sagen: Ich bin nicht einverstanden.

Bitte prüfen Sie noch einmal.

Frist:

Eine bestimmte Zeit.

Bis dahin müssen Sie etwas tun.

Beratungshilfe:

Der Staat zahlt die Anwaltskosten.

Hinweis zur Leichten Sprache

Dieser Text wurde nach den Regeln des Netzwerks Leichte Sprache geschrieben. Er wurde noch nicht von Menschen aus der Zielgruppe geprüft. Diese Prüfung ist bei echten Texten in Leichter Sprache Pflicht.

Fiktive Lernakte – alle Personen und Aktenzeichen sind frei erfunden – ersetzt keine Rechtsberatung.